

Damen und Herren
der Presse

Saarbrücken, den 25.02.2016

Landkreistag Saarland:

Landkreise fordern mehr Bundesmittel für Flüchtlinge und eine belastungsgerechte Verteilung dieser Mittel zwischen Land und Kommunen

"Das Ergebnis der Berechnungen zu den finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung im Saarland ist in jeder Hinsicht ernüchternd", so der Vorsitzende des Landkreistages Saarland nach der Sitzung des Vorstandes vom heutigen Tag. " Der Bund bezahlt seine Rechnungen einfach nicht", umschrieb der Vorsitzende des Verbandes der saarländischen Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken die Situation bei der Finanzierung der Flüchtlingslasten der öffentlichen Hand im Saarland. Und um das ganze Problem noch auf die Spitze zu treiben, würden die wenigen Mittel des Bundes nach den Vorstellungen des Landes noch sehr ungerecht zwischen Land, Landkreisen und Städten und Gemeinden verteilt.

Landrat Lauer betonte ausdrücklich, dass mit der Kritik des Landkreistages an den Finanzierungsregelungen bei der Bewältigung des

Flüchtlingzustromes keine Position gegen den Zuzug von Flüchtlingen aus humanitären Gründen bezogen werde. Den Landkreisen komme eine entscheidende Rolle bei der Integration der Flüchtlinge zu. Sie sind mit den Sozialbehörden, Jugendämtern und Jobcentern sowie im schulischen Bereich unmittelbar zuständig für die Integration von Migranten. Die aktuelle Flüchtlingssituation stelle die Landkreise und den Regionalverband Saarbrücken daher vor besondere Herausforderungen, führte Landrat Patrik Lauer aus und stellte fest: "Wir wollen das schaffen, brauchen dafür aber auch die notwendigen Finanzmittel von Bund und Land".

Nach aktuellen Berechnungen sind im Saarland jährlich folgende Mehrausgaben für den Flüchtlingszuzug zu erwarten:

- beim Land rund 100 Mio. €;
- bei den Landkreisen / Regionalverband Saarbrücken 56 Mio. €
- bei den Städten und Gemeinden 54 Mio. €

Diese Berechnungen beziehen sich auf jeweils 10.000 Flüchtlinge jährlich. Da im letzten Jahr 13.800 Flüchtlinge im Saarland aufgenommen wurden und im Jahr 2016 nochmals 13.000 erwartet werden, dürften sich die tatsächlichen finanziellen Belastungen auf noch höherem Niveau bewegen.

Von den zusätzlichen Mitteln, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, entfallen für das Jahr 2015 23,8 Mio. € auf das Saarland und für das Jahr 2016 43,1 Mio. €. Bei einer jährlichen Belastung von mindestens 210 Mio. € für die Flüchtlingsaufnahme im Saarland liegt die Erstattungsquote des Bundes somit bei 11,4 % (2015) bzw. 20,5 % (2016).

"Der Bund verhält sich an dieser Stelle gegenüber Ländern und Kommunen verantwortungslos", so der Vorsitzende des Landkreistages Saarland weiter. Die Zuwanderung von Flüchtlingen gehöre in dessen originäre außen- und innenpolitische Zuständigkeit, zudem erziele der Bund derzeit Haushaltsüberschüsse.

Das Land beabsichtigt nunmehr eine Verteilung der völlig unzureichenden Bundesmittel im Verhältnis 80 % (Land) : 20 % (Regionalverband/ Landkreise/ Städte/ Gemeinden) vorzunehmen. Im November 2015 haben das Land und die kommunalen Spitzenverbände jedoch in einem Spitzengespräch vereinbart, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Kosten des Flüchtlingszustrom auf den verschiedenen Ebenen feststellen und sich mit einer möglichen Verteilung der Bundesmittel gemäß der tatsächlichen Belastung der verschiedenen Ebenen befassen soll (belastungsgerechte Mittelverteilung).

"Von einer belastungsgerechten Verteilung der Bundesmittel zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden kann aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Rede sein", stellte der Vorsitzende des Landkreistages Patrik Lauer fest. Der Landkreistag fordere eine Verteilung der Bundesmittel zur Flüchtlingshilfe entlang der tatsächlichen Belastungen zwischen Land und Kommunen. Vor dem Hintergrund der vorgelegten Berechnungen forderte Landrat Patrik Lauer, "mindestens 50 % für Landkreise und Gemeinden von den ins Saarland fließenden Bundesmitteln". Alles andere wäre kein gerechter Verteilungsmodus und verschlimmere nur die kommunale Finanzsituation.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer,

Tel: 0681-9509450 oder 0175-2030080